Zur 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS

Kampf gegen die Notstandsgesetze

Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung. Aber er weiß, daß dieser Kampf nicht allein für die Erhaltung der demokratischen Form geführt werden kann, sondern sich vor allem vom gesellschaftlichen Inhalt der Gesetze leiten lassen muß.

Nach der Niederlage des Faschismus konnte der Kapitalismus in der Bundesrepublik nur erhalten werden durch eine politische Verfassung, die den Forderungen der arbeitenden Klasse auf politische und soziale Gleichberechtigung gerecht wurde. Aber der fundamentale Widerspruch dieser Verfassung war, daß sie den gesellschaftlich herrschenden Klassen die politische Garantie ihrer Herrschaft formal verweigerte, während sie den gesellschaftlich beherrschten durch das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht und partielle sozialstaatliche Zugeständnisse die Möglichkeit gab, die gesellschaftlich Macht der Besitzenden im Rahmen der bürgerlichen Demokratie einzuschränken und für eine Umgestaltung der Gesellschaft zu kämpfen.

In der Entwicklung der Bundesrepublik wurden diese Rechte der gesellschaftlich beherrschten Klassen Zug um Zug eingeschränkt und die Funktionen und Zwangsmittel des Staatsapparates im Dienste der Bourgeoisie erweitert. Die Niederlage der Gewerkschaften in den meisten sozialen und politischen Kämpfen, die Einführung der Wehrverfassung, das Verbot der KPD, die zunehmende Verselbständigung der Exekutive, die entfunktionalisierung der politischen Parteien allgemein und der Oppositionsparteien im besonderen, die teilweise Integrierung der Gerwerkschaften in das System der bürgerlichen

Herrschaft und die Manipulation und Nivellierung des politischen Bewußtseins haben der arbeitenden Klasse schrittweise die Möglichkeit eines organisierten Kampfes gegen den Kapitalismus beschnitten. Dagegen hat die zunehmende Verflechtung der staatlichen Bürokratie mit den Monopolen und deren Verbänden die Integration der organisatorischen Spitzen von Parteien und den meisten Verbänden eine politisch-ökonomische Machtelite entstehen lassen, die mit dem Instrumentarium des politischen Apparates die Produktion und Reproduktion des Kapitals leitet.

Am Ende der "Wirtschaftswunder" in den meisten kapitalistischen Ländern, wo seit kurzem die Wachstumsraten auf ein zwar konstantes aber geringes Maß geschrumpft sind, sieht sich die politisch-ökonomische Machtelite einer Situation gegenüber, in der die sozialen Versprechungen auf ständige Erweiterung des Konsums und des Lebensstandards allgemein an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus stoßen. Was einmal aufgrund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Monopokapitals als Inhalt der nachfaschistischen Demokratie anerkannt wurde, droht angesichts der Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitals umzuschlagen in den Inhalt des Kampfes gegen das Kapital. Demokratische Prinzipien und Formen, einmal auch von der Bourgeoisie anerkannt, werden ihrem konkreten gesellschaftlichen Inhalt nach antikapitalistisch: sie bedrohen die Herrschaft der bürgerlichen Machtelite. Es wird heute offenbar, daß der bürgerliche Staat stets auf Gewalt und Gesetz sich stützte. Wie immer, wenn die bürgerlich-demokratischen Formen der Kapitalherrschaft gefährlich werden, müssen sie zurücktreten hinter den reinen Repressionscharakter des Staatsapparates. Die Gewalt wird konkret und erfaßt alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die neue Phase der bürgerlichen Herrschaft, die nach Beendigung der Phase des Wiederaufbaus und des Aufstiegs eingetreten ist, bringt deshalb den Versuch des Monopolkapitalismus, eine neue Form seiner Herrschaft durchzusetzen. Diese neue Form kündigt sich an in dem Versuch der Beseitigung elementarer ökonomischer Rechte der Arbeiter wie den Versuch der Blockierung weiterer sozialer Forderungen und Kämpfe, und den Versuch der endgültigen Integration der Gewerkschaften durch Druck und Bestechung: den Aufbau eines militärischen Staates, dessen Bestimmung nun auch sein soll, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Im Rahmen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie wird die allgemeine Militarisierung des öffentlichen Lebens angestrebt, die Freiheit der intellektuellen und politischen Diskussion eingeschränkt.

Die "Formierung" der innenpolitischen Verhältnisse wird zur wesentlichen Voraussetzung für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Notstandsgesetzgebung, die Stärkung der Exekutive und die Stabilisierungsgesetze blockieren die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Opposition, die allein wirksam die aggressive Expansion des Kapitals verhindern kann. Der Alleinvertretungsanspruch für Deutschland, die Forderung nach Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen, die ökonomische und militärische Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg sind deutliche Anzeichen für die bereits existenten Formen imperialistischer Außenpolitik. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung beinhaltet daher den Kampf gegen diese aggressive Außenpolitik.

Diese neue Form der Herrschaft wird bereits in weiten Bereichen ohne Ausrufung des Notstandes realisiert. Die darüber weit hinausgehenden Möglichkeiten der Ausrufung des Notstands, der Schubladen-

gesetze, die die Einrichtung von Konzentrationslagern ermöglichen, ersticken durch ihre bloße Drohung die verbleibenden Reste an bürgerlicher Demokratie und ermöglichen gleichzeitig den späteren Übergang zur offenen Gewaltherrschaft.

Es genügt nicht, den Befürwortern der Gesetze nur argumentierend gegenüberzutreten. Da die Notstandsgesetze eine der wesentlichen Erscheinungen des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft sind, geht der SDS von der Einsicht aus, daß sozialistische Argumente sich letztlich nur dann durchsetzen können, wenn sie unlösbarer Bestandteil des politisch-praktischen Kampfes der Notstandsgegner sind und in diesem orientierend und bewußtseinsbildend wirken.

Die allgemeine Opposition gegen die Notstandsgesetze, die vor allem in den Gewerkschaften, bei den Professoren und Intellektuellen Rückhalt hat, betrachtet die Erhaltung der politischen Demokratie und der sozialen Rechte der Arbeiterklasse als ihre vordringliche politische Aufgabe. So war es vor allem der Widerstand der Gewerkschaften und ihre Drohung im Sommer 1965, die Mitglieder ihrer Organisation zu außerparlamentarischen Aktionen zu mobilisieren, die die Änderung der Verfassung mit Zustimmung der SPD verhindert hat. In solidarischer Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen der Notstandsopposition - Gewerkschaften, Professoren und Intellektuelle, besonders auch den demokratischen und sozialistischen Jugendverbänden, wirkt der SDS auf eine Politik der Vereinigung zu wirksamer Aktion hin. Ziel dieser Politik muß die Organisierung der spontanen Gegenreaktion auf vorliegende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu einer politischen Kraft sein. Als Studentenverband betrachtet er es als eine vordringliche Aufgabe, mit der Mobilisierung der Studenten zugleich die oppositionelle unter den Professoren und Intellektuellen

zu fördern. Er betrachtet die Entwicklung der intellektuellen Opposition als notwendiges Mittel zur Stärkung der Notstandsopposition. Die bisherige Zurücknahme von Vorlagen in den Notstandsentwürfen der Bundesregierung ist ein Erfolg anhaltenden Druckes der demokratischen Opposition und ihres aktiven, kompromißlosen Kerns.

Der SDS lehnt jede Notstandsgesetzgebung ab und vertritt in diesem Kampf sozialistische Positionen. Durch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zusammen mit allen anderen Notstandsgegenern verteidigen wir die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung gegen die Bourgeoisie, die diese Rechte liquidieren will.
Der SDS erkennt die Notstandsgesetze als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Der SDS ist sich darüber klar, daß die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzen äußern, die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie verlangt. Die bloße Forderung nach parlamentarischer Beschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie begreift nicht die Ursachen der Tendenzen zur Diktatur. Der Kampf um die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung muß deshalb vom SDS verstanden und geführt werden als eine Form des Kampfes für die Überwindung der Klassenherrschaft überhaupt.
Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an der durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotenzials und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Der SDS begreift sich in diesem Sinne als konsequentesten und zugleich weitertreibenden Teil der breiten oppositionellen Bewegung gegen die Notstandsgesetze.